

Wettbewerbsnachteil für den Industriestandort

Der Klimaschutzplan 2050 (KSP) wird primär vom Gedanken an die Transformation der Gesellschaft geleitet – darunter leidet sowohl eine effektive, kosteneffiziente Klimaschutzpolitik als auch der Wirtschaftsstandort Deutschland. Eine Neuausrichtung ist notwendig: Europäisch, technologieoffen, mit Fokus auf Innovationen.

Klimaschutz ist eine der zentralen Herausforderung unserer Generation. Noch mehr: Er ist eine globale Herausforderung und kann nur durch globales Handeln bewältigt werden. Die WVMetalle begrüßt daher die Einigung der Staatengemeinschaft beim Klimagipfel in Paris. Das Abkommen war ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Der Klimaschutzplan 2050 (Entwurf September 2016) des Bundesumweltministeriums (BMUB) steht im Gegensatz zu dem globalen Ansatz und renationalisiert die Klimapolitik. Im KSP 2050 sind nationale Treibhausgas-Reduktionsziele über 2020 hinaus vorgesehen, nationale Sektorziele sollen die CO₂-Reduktion in den einzelnen Sektoren

steuern und weitere zusätzliche nationale Maßnahmen in den Emissionshandels-Sektoren sind geplant. Das ist die falsche Richtung.

KSP beeinträchtigt Emissionshandel

Kosteneffiziente Klimapolitik gelingt nur im europäischen Verbund. Gradmesser für 2020 ist das gemeinsame europäische CO₂-Minderungsziel – und alleiniges Instrument der EU-Emissionshandel. Nur so können Emissionen EU-weit kostengünstig eingespart werden. Statt Klimapolitik post-2020 weiter national fortzusetzen – und damit die hohe nationale Mehrbelastung deutscher Klimapolitik auf Jahrzehnte zu zementieren – gilt es, zusammen mit den

europäischen Partnern, ein gemeinsames Vorgehen zu etablieren.

Eine weitere Kehrseite des Klimaschutzplans ist die einseitige Fokussierung auf bereits heute bekannte Technologien und Instrumente wie erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Dem Ziel der Treibhausgas-Neutralität werden wir nur mit Technologien nahe kommen, die heute noch nicht vorliegen. Bei einer sowohl zeitlich als auch wirtschaftspolitisch so weitreichenden Strategie gilt es, stärker auf Forschung und Technologieentwicklung zu setzen, als bestimmte Technologien bereits heute festzulegen. Viel erfolgversprechender ist daher ein technologieoffener Ansatz mit mehr Forschung und Entwicklung.

POSITIONEN ZUM KLIMASCHUTZPLAN

Vereinbarkeit von Klimaschutz und Industrie sichern

Dazu muss sich der Klimaschutzplan am energiepolitischen Zieldreieck aus Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit orientieren. Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit müssen Leitplanken für alle Maßnahmen sein. Dies muss in einem umfassenden Impact Assessments geprüft werden.

Keine Doppelregulierung von Emissionshandels-Sektoren

Der Emissionshandel ist das Leitinstrument der europäischen Klimapolitik. Eine Doppelregulierung bringt keinen zusätzlichen Nutzen für das Klima, sondern beeinträchtigt lediglich die Effizienz des Emissionshandels.

Klimaschutz muss global gedacht werden

Zusätzliche nationale Ziele sowie Maßnahmen bringen keinen Zusatznutzen für den Klimaschutz und führen lediglich zu Mehrbelastungen der Unternehmen in Deutschland gegenüber ihren globalen Wettbewerbern.

Hintergrund zum Klimaschutzplan

In der Energiepolitik gilt das energiepolitische Zieldreieck aus Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit. Energiepolitik muss sich an diesem Dreiklang ausrichten. Auch der Klimaschutzplan darf sich nicht ausschließlich auf Nachhaltigkeit konzentrieren, sondern muss Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit angemessen berücksichtigen. Zwischen den einzelnen Zielen des energiepolitischen Zieldreiecks herrscht ein Antagonismus. Kluge Energiepolitik bewegt sich daher in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen den Zielen.

Zieldreieck der Energiepolitik beachten

Dies muss auch für den Klimaschutzplan gelten. Ein Aktionsplan, der so weitreichend in die Energiepolitik eingreift, muss sich am energiepolitischen Zieldreieck ausrichten. Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit müssen als Leitplanken für alle Maßnahmen gelten, die aus dem

Klimaschutzplan resultieren sollen. Bislang gibt es noch keine Abschätzung der wirtschaftlichen Folgen des KSP – dies sollte in Verbindung mit einem Impact Assessment erfolgen. Zahlreiche Maßnahmen des Klimaschutzplans – Doppelregulierung der Emissionshandelssektoren, Technologiebeschränkung sowie Konditionierung von Entlastungsregelungen, u.v.a. – konterkarieren das Zieldreieck. Hier bedarf es einer qualifizierten Prüfung.

Energiepolitik ist ein wichtiger Standortfaktor. Neben der guten Qualifikation der Arbeitskräfte, der Geschlossenheit der Wertschöpfungsketten und der daraus resultierenden Innovationskraft, ist es für die Unternehmen in Deutschland auch entscheidend, dass die Energieversorgung sicher und bezahlbar ist. Während die Sicherheit der Versorgung nach wie vor beispielhaft ist, ist das Preisniveau – insbesondere durch staatliche Abgaben – hierzulande stark gestiegen. Verschärft sich dieser Trend

weiterhin droht ein starkes Ungleichgewicht zu Lasten des Standorts. Nachteilige Effekte wie Energiekosten, Umweltauflagen, Bürokratie, usw. könnten die positiven Standortvorteile Deutschlands – geschlossene Wertschöpfungsketten, Investitionsstop, Verlagerung ins Ausland, usw. – gänzlich überwiegen und den Wirtschaftsstandort insgesamt unattraktiv machen. Dass sich bei den energieintensiven Industrien Vor- und Nachteile derzeit gerade einmal die Waage halten, zeigen die Investitionen. Es wird schon heute mehr abgeschrieben, als neu investiert. In seiner jetzigen Fassung (September) verschlimmert der Klimaschutzplan die Situation weiter. Deswegen bedarf es der Nachjustierung – im Sinne des energiepolitischen Zieldreiecks.

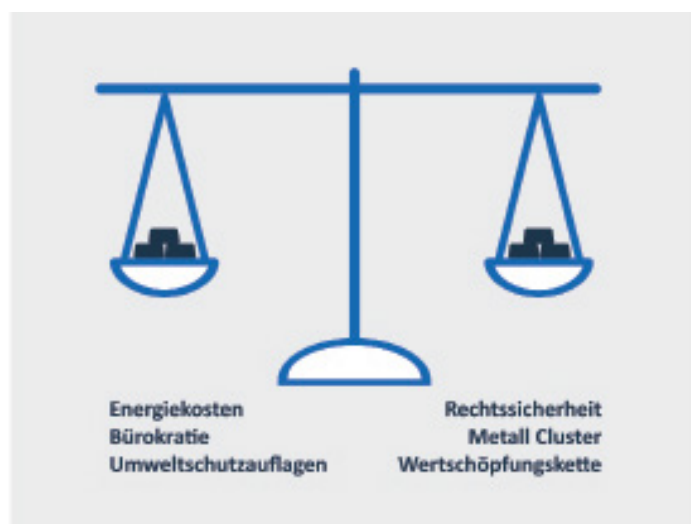


Kontakt
Michael Schwaiger

Telefon 030 726207-122
schwaiger@wvmetalle.de

KLIMASCHUTZPLAN 2050: RISIKO FÜR DEN INDUSTRIESTANDORT

Vor- und Nachteile des Industriestandorts halten sich die Waage



Klimaschutzplan bringt Ungleichgewicht

